

PRESEMITTEILUNG

BUND Landesverband Niedersachsen e.V.
Hannover, 7. Mai 2009

Protest gegen fragwürdiges CCS-Gesetz

Gesetz zur „Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Lagerung von Kohlendioxid“ (CCS = Carbon Capture and Storage).

„Risiken werden auf Bundesländer abgewälzt!“

Das fragwürdige CCS-Gesetz (CCS = Carbon Capture and Storage), das die Versenkung des Klimagiftes CO₂ aus Kohlekraftwerken in tiefe Erdschichten regeln soll, wird derzeit von Bundestag und Bundesrat beraten. Der BUND hat massive Bedenken gegen die Regelungen zur Sicherheit und Haftung und sieht die Verantwortung dafür vor allem auf die Bundesländer abgewälzt.

„Das CCS-Gesetz dient dazu, dem schmutzigen Brennstoff Kohle einen grünen Anstrich zu geben“, sagte *Prof. Dr. Helmut Scharpf*, stellvertretender Landesvorsitzender des BUND Landesverband Niedersachsen „Es ist vollkommen unklar, ob die Versenkung von Kohlendioxid in die Erde überhaupt funktioniert und ob sie sicher ist. Diese Technologie ist eine teure Sackgasse, deren Risiken die Bundesländer und damit die Steuerzahler tragen sollen. Das Gesetz nützt allein den Energiekonzernen, die wie bisher Strom in großen Kohlekraftwerken produzieren wollen.“

Der Umweltverband kritisiert, dass die Allgemeinheit auf den Risiken der CCS-Technologie sitzen bleibe. Bereits 30 Jahre nach Ende der CO₂-Versenkung werde es den Energiekonzernen erlaubt, das Haftungsrisiko auf die Bundesländer zu übertragen. Daraus resultierten unkalkulierbare Risiken für Menschen, Umwelt und die betroffenen Landeshaushalte.

Der BUND Landesverband Niedersachsen forderte Ministerpräsident Christian Wulff daher auf, das Gesetz im Bundesrat zu stoppen.

„Niedersachsen hat hoffentlich mit der ASSE gerade seine Erfahrungen mit einem Endlager gemacht, dass jahrzehntelang als ‚absolut sicher‘ galt“ so Stefan Ott, stell. Landesgeschäftsführer des BUND Nds. „Da in Niedersachsen demnächst mehrerer Lagerstätten zur Verpressung des CO₂ erkundet werden sollen, droht ein vergleichbarer Großversuch mit bisher ebenfalls nicht absehbaren Risiken für Menschen und Umwelt.“

Negativwirkungen habe das Gesetz auch in Bezug auf den Ausbau erneuerbarer Energien. Beispielsweise behindere es den Bau von Geothermiekraftwerken und Druckluftspeichern. Unklar sei auch, ob es genügend Lagerstätten für das Klimagift CO₂ gebe und ob sich diese Technik überhaupt rechne. Belegt sei hingegen, dass CCS den Wirkungsgrad der Kraftwerke um mindestens zehn Prozentpunkte verschlechtere. Für die gleiche Menge erzeugten Stroms müsse folglich deutlich mehr Kohle verbrannt werden. Zudem eigneten sich mit CCS ausgerüstete Großkraftwerke nicht als flexible Regelkraftwerke zur Ergänzung erneuerbarer Energien.

„Ein CCS-Gesetz, das keine Sicherheit für künftige CO₂-Lagerstätten gewährleisten kann und das die Betreiber nach relativ kurzer Zeit aus der Haftung entlässt, darf nicht verabschiedet werden“, sagte *Prof. Scharpf*. Es müsse gewährleistet werden, dass die Allgemeinheit nicht auf den Folgekosten sitzen bleibe. Deshalb müsse ein öffentlich rechtlicher Haftungsfonds eingerichtet werden, der ausschließlich von den Kohlekraftwerksbetreibern zu finanzieren sei und sämtliche Risiken abzudecken habe.

Der BUND startete deshalb bundesweit eine Öffentlichkeitskampagne und fordert die Menschen auf, ihren Protest gegen das CCS-Gesetz unter dem Motto

„Keine Steuergelder für riskante CO₂-Entsorgung!“

Ziel ist, die Ministerpräsidenten zu überzeugen, im Bundesrat gegen die Verabschiedung des Gesetzes zu votieren.

Zur Aktion des BUND Niedersachsen: <http://www.bund-niedersachsen.de>

Zur Aktion des BUND Bundesverbandes: <http://www.bund.net/>

Die BUND-Stellungnahme zum CCS-Gesetz finden Sie im Internet unter:

http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/klima_und_energie/20090304_energie_ccs_gesetz_stellungnahme.pdf

Weitere Informationen:

Thorben Becker, BUND-Energieexperte, Tel. 0 30 / 2 75 86-421 oder

Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher, Tel. 0 30 / 2 75 86-425, Mobil: 01 71 / 8 31 10 51

Pressekontakt in Niedersachsen

Stefan Ott

stellv. Geschäftsführer

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

BUND Landesverband Niedersachsen e.V.

Goebenstr. 3a; 30161 Hannover

Fon +49-511-96569-13

Fax +49-511-662 536

mobil + 49-175-5650852

stefan.ott@nds.bund.net

